

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

vor fast vierzig Jahren, in 1983, sollte in der damaligen Bundesrepublik eine groß angelegte Volkszählung stattfinden. Doch bereits in deren Vorfeld kam es zu immer zahlreicheren Protesten. Es waren die weit in unser privates Lebensumfeld hineinreichenden Fragen, die den Widerstand von immer mehr Menschen regten. Der Staat hat kein Recht, seine Bürger über private Angelegenheiten auszufragen, hieß es damals. Die Proteste nahmen zu (nicht zuletzt auch wegen der medialen Unterstützung) und das schließlich angerufene Bundesverfassungsgericht stand damals auf der Seite der besorgten Bürger. Das ganze Volkszählungsvorhaben mußte schließlich eingestampft werden; bis hin zu den bereits gedruckten Fragebögen, die wieder vernichtet wurden. In 1987 kam es dann in einem zweiten Anlauf tatsächlich zu einer Volkszählung, bei der die Datenerhebung allerdings gegenüber der für 1983 geplanten Form deutlich eingeschränkt war. Und dennoch kam es wieder zu Protesten, die auch von großen Teilen der schon damals „großen“ Medien unterstützt wurden.

Auf diese Zeit gehen auch die heute noch auf dem Papier stehenden informellen Bürgerrechte zurück. Das Verfassungsgericht prägte damals die heute oft wie hohl wirkenden Grundsätze der informellen Selbstbestimmung und der daraus resultierenden, damals auch den Staat bindenden Datenschutzbestimmungen.

Aktuell läuft nun wieder eine Volkszählung, bei der alle Immobilieneigentümer und die Angehörigen einer darüber hinaus ausgewählten Stichprobe auskunftspflichtig sind. Wer nicht antworten möchte, muß mit Zwangsgeldern in vierstelliger Höhe rechnen, die auch mehrfach verhängt werden können. Das Medienecho ist gering und Proteste kritischer Stimmen werden nach Kräften „überhört“. Es gibt noch keinen Aufschrei und an Massenproteste wie 1983 ist nicht zu denken. Die seltenen Pressesstimmen befassen sich nicht mit den Risiken, die mit jeder massenhaften Datenerhebung verbunden sind, sondern fast ausschließlich mit deren angeblich statistischem Nutzen.

Auch das Bundesverfassungsgericht wurde bisher nicht angerufen. Spötter halten dies auch für zwecklos, weil dessen Richter ja in den letzten Jahren durch verschiedene Urteile auf sich aufmerksam machten, bei denen die Sorgen der klagenden Bürger eher gering eingeschätzt schienen. Daß der derzeitige Verfassungsgerichtspräsident Stephan Harbarth vorher für einige Jahre als Abgeordneter einer großen Partei dem Bundestag angehört hatte, hat damit selbstverständlich nichts zu tun – oder etwa doch . . . ? Der Datensammelwut unseres Staates dürfte deshalb diesmal kein Riegel vorgeschoben werden. Mit der Vollerhebung im Immobilienbereich können u.a. wichtige Grundlagen-Daten für einen eventuellen Lastenausgleich zur weiteren Finanzierung unseres von ganzen Politiker-Generationen ruinierten Gemeinystems geschaffen werden. Weitere dafür wichtige Daten sollen im Übrigen im Rahmen eines ebenfalls EU-weiten „Vermögensregisters“ – das bisher den Immobilienbereich ausspartete – bereitgehalten werden . . .

Und es dürfte noch schlimmer kommen, wie weitere Vorhaben seitens der Europäischen Union zeigen. Zu denken ist hier z.B. an die sogenannte „Chat-Kontrolle“, der die gesamte Internet-Kommunikation aller Bürger unterzogen werden soll. Offiziell wird zur Begründung auf das gewiß hehre Vorhaben einer verstärkten Bekämpfung der Kinder-Pornographie verwiesen. Dumm ist nur, daß gerade der Kinderschutzbund einen derartigen Schritt für wenig hilfreich hält. Denn strafbewehrte Kinder-Pornographie-Inhalte würden schließlich meistens über das sogenannte „Darknet“ verbreitet, das sich einer derartigen Überwachung wieder einmal entziehen dürfte. Es wird wohl bei der Überwachung ansonsten „braver“ Bürger bleiben, die sich erdreisten, über die sie beherrschenden Politiker auch einmal zu schimpfen.

Für die fernere Zukunft nicht auszuschließen ist darüber hinaus die Einführung eines Sozialkredit-Systems, wie es teilweise bereits in China praktiziert wird. Ein im Sinne des Staates unbotmäßiges Verhalten kann dabei mit dem zeitweisen oder völligen Entzug normaler Bürgerrechte bestraft werden. Schon eine harmlose Kritik am Staatssystem oder dessen Vertretern könnte dann Reisebeschränkungen oder eine zeitweise Sperrung z.B. der Kreditkarten zur Folge haben. In einer von offizieller Seite schon jetzt angestrebten bargeldlosen Gesellschaft hätte vor allem Letzteres einschneidende Folgen für die Betroffenen. Ein erstes und natürlich noch vergleichsweise harmloses Pilotprojekt wird es schon bald im italienischen Bologna geben, wo bis zum Jahr 2030 ein Überwachungs- und Belohnungssystem für angeblich „umweltbewusstes“ Verhalten eingeführt werden soll.

Im Gegensatz zum Jahr 1983 halten Bürger und Medien still. Nach zwei Jahren Corona-Einschränkungen ist die Freude über wiedergewonnene „Freiheiten“, die den Bürgern eigentlich gar nicht genommen werden dürfen, wohl zu groß. Die Menschen flanieren wieder über die Straßen, gehen essen, machen Urlaub und scheinen vieles Andere um sich herum gar nicht wahrzunehmen. Das alles sei jedem wohlgekönt – doch wenn es jetzt nicht bald zu erheblichen Widerständen seitens der Bevölkerung kommt, drohen uns allen massive Freiheitsbeschränkungen. Wir sollten wachsam bleiben! (tb)

2 „In der EU steht alles Kopf“

Angesichts der massiven Geldentwertung kommt auch die Europäische Zentralbank (EZB) nicht mehr um die sogenannte „Zinswende“ herum. Mit – zunächst erst leicht – steigenden Zinsen ist nun also zu rechnen. Dies wird zu einer Entlastung betrieblicher und privater Eigentümer von Konten mit höheren Guthaben führen, für die zuletzt immer mehr Banken und Sparkassen ein sogenanntes „Verwahrentgelt“ (man kann ehrlicherwise auch von „Strafzinsen“ sprechen) von meistens 0,5 % jährlich kassierten. Kreditnehmer müssen aber auch mit steigenden Zinsen rechnen, was in besonderem Maße die größten Schuldenmacher aller Zeiten, die Staaten, treffen wird. Genau diese absehbare Entwicklung dürfte die EZB über Monate hinweg an den längst überfälligen Zinsschritten gehindert haben. Dies beweist die hohe politische Beeinflussung der EZB-Geldpolitik, was deren Statuten natürlich strikt zuwiderläuft. Die Hauptleidtragenden werden wieder einmal die Bürger sein, die noch auf unabsehbare Zeit hinaus mit recht hohen Geldentwertungsraten werden leben müssen.

Würde man die geldpolitische Lage im Euroraum mit einem 5000-Meter-Lauf vergleichen, wäre die Geldentwertung mit einem Schnellstart davongerannt, während die Währungshüter von der EZB sich noch nicht einmal entschlossen hatten loszulaufen. Und ob sie dann eher gemächlich oder doch schnell laufen wollen, das muß erst noch entschieden werden. Die aktuelle Beschlußlage der EZB (Verringerung der stark geldmengenerhöhenden Anleihekäufe zum 1.7.2022 und dann im Juli eine leichte Leitzinserhöhung) setzt nicht nur zu spät ein, sondern ist auch zu zaghaft, meinen etliche Ökonomen. Und auch die erst sehr vage in Aussicht gestellten weiteren Zinsschritte dürften, das befürchten jedenfalls viele Beobachter, viel zu zaghaft ausfallen.

Man hat seitens der EZB die sich seit langem abzeichnenden Inflationsgefahren (u.a. die stark erhöhte Geldmenge verbunden mit Preisblasenbildung auf verschiedenen Märkten) nicht sehen wollen und sie regelrecht geleugnet. Zu groß war die Angst, mit Zinserhöhungen die Konjunktur abzuwürgen. Und noch viel größer – und berechtigt, das wird die Zukunft schon bald belegen – war und ist die Angst vor einem Kollaps mancher öffentlichen Kassen, wenn die Budgets eines Tages nicht einmal mehr zur Bedienung steigender Zinslasten für die massenhaft aufgenommenen Kredite ausreichen werden.

Doch nun wurde die Geldentwertung immer offenkundiger und ein Leugnen hätte keinen Sinn mehr. Den EZB-Oberen kam jetzt zugute, daß sie die nun nicht mehr geleugnete Inflation als eine Folge des Ukraine-Krieges darstellen konnten. Finanzexperten wissen natürlich, daß dies blanker Unsinn ist, denn die Hauptinflationsursache war und ist eine über alle Maßen aufgeblähte Geldmenge. Auf ein schnelles Inflations-Ende sollte nicht gehofft werden. Noch immer stark steigende Erzeugerpreise lassen für die Entwicklung der Verbraucher-Endpreise Böses ahnen und steigende Löhne werden ein Übriges tun. Gleichwohl werden neben den Sparern die kleinen Arbeiter und Angestellten zu den Hauptleidtragenden zählen. Denn die Löhne werden weniger steigen können als die Preise . . .

Im Verhältnis der EZB zur Politik ist europaweit eine zur Zeit durchaus „verkehrte Welt“ zu bemerken. Denn lange vor den EZB-Oberen sorgten sich viele europäische Politiker um die Folgen einer spürbaren Inflation für ihre Bürger. Es kam zu mannigfaltigen „Entlastungsprogrammen“, über deren Sinn und Wirkung man in der Fachwelt durchaus streitet. Gleichzeitig kaufte die EZB – stark verkürzt auf den Punkt gebracht – noch massenhaft Anleihen auf und erleichterte damit den „schuldensüchtigen“ Regierungen vor allem mancher südlicher EU-Staaten das Geschäft. Hierzu der Mannheimer Ökonom Klaus Adam: „In der EU steht alles Kopf – die EZB kümmert sich um die Solvenz von Staaten, und die Finanzminister sorgen sich über die Inflation. War die Aufgabenverteilung in den EU-Verträgen nicht umgekehrt vorgesehen?“ (tb)

3 Ein „Fundament von Schulden, Rechtsbrüchen und staatlicher Geldfälscherei“

Schon jetzt ist recht klar erkennbar, daß der Ukraine-Krieg mindestens zwei Entwicklungen ausgelöst hat, die nicht in Wladimir Putins bzw. Russlands Sinne sein können. Zum einen ist hier die sich nun sehr konkret abzeichnende Ost-Erweiterung der NATO um Schweden und Finnland zu nennen. Und zum anderen ist dies ein deutlich bemerkbares Zusammenrücken der meisten Staaten der Europäischen Union, das die meisten Beobachter bis dahin für nicht möglich gehalten hätten – auch wenn es zuweilen noch sehr laut im „EU-Getriebe“ knirscht.

Schon jetzt ist zuweilen von einem historischen Höhepunkt auf dem Weg zum europäischen Staat die Rede – eine Anmerkung, die bei manchen Beobachtern aber eher ungute Gefühle weckt. Sie sprechen oft von einer „schleichenden Integration“ Europas, worunter man durchaus auch eine rechtlich und demokratisch nicht legitimierte Form der Staatswerdung Europas verstehen kann.

Diese kritische Entwicklung begann bereits im Jahr 2004, als mit Deutschland und Frankreich große EU-Staaten gegen die Defizit- und Schuldenregeln des sogenannten Maastricht-Vertrages verstießen. Seitdem wurden diese Regeln rund 120-mal (!) von inzwischen praktisch allen Mitgliedsstaaten – oft wiederholt – gebrochen. Und die für diese Fälle eigentlich angedrohte Sanktionierung fand nicht statt. Ähnlich nonchalant ging man auch während bzw. nach der Finanzmarktkrise von 2007/2008 mit den bestehenden Regeln um. Selbst die damalige französische Finanzministerin und heutige Chefin der Europäischen Zentralbank, „Madame Inflation“ Christine Lagarde, bekennt heute: „Wir haben damals sämtliche Regeln gebrochen.“ Und sie führen damit bis in die jüngste Vergangenheit fort, als es z.B. zur finanziellen Bewältigung der Corona-Krise um die Bildung eines kreditfinanzierten 750-Mrd.-€-Wiederaufbaufonds ging.

Der deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn sieht darin „einen unaufhaltsamen Zerfallsprozess, der noch an Tempo zulegen wird. So ist zu befürchten, daß (einschränkende Regeln wie) Defizitgrenzen, Schuldenobergrenzen, das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Notenbank oder der Vergemeinschaftung der Schulden demnächst endgültig entsorgt werden. Auch so kann eine europäische Republik entstehen, auf einem morschen Fundament von Schulden, Rechtsbrüchen und staatlicher Geldfälscherei.“ (tb)

4 Der Kriegswaffenhandel wächst und gedeiht

Nie war der Zugang zu auch schweren Kriegswaffen leichter als zur Zeit. Diese Befürchtung legt zumindest ein Blick in die dunkle Seite des Internet, des sogenannten „Darknet“, nahe. Panzerabwehrraketen, automatische Waffensysteme, Munition, Drohnen und sogar Minen werden dort in bisher nicht gekannter Auswahl angeboten, und manche Händler prahlen sogar mit ihren bisherigen Verkaufserfolgen. Dabei wächst mit jedem Tag die Gefahr, daß diese schweren Waffen in die Hände von Terroristen gelangen. Es wäre nicht auszudenken, was alles passieren kann, sollte z.B. eine Panzerabwehrlenkwaffe in einer belebten mitteleuropäischen Metropole zum Einsatz kommen.

Die meisten illegalen Händler beziehen ihre Ware aus der Ukraine und versenden sie an praktisch jeden Ort der Erde. Es sind im Regelfall Waffen und Waffensysteme, die westliche Verbündete zuvor in die Ukraine schickten. Bereits im Balkan-Krieg waren Tausende Handfeuerwaffen einfach verschwunden und bisher sind erst wenige wieder aufgetaucht. Jetzt werden die für die westeuropäischen Großstädte feststellbaren Sicherheitsrisiken noch einmal deutlich zunehmen. Es kann schließlich nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die ersten schwer bewaffneten und mit Schutzwesten gekleideten Kriminellen auftauchen. (tb)

5 Europa droht ein kalter Winter

Spätestens wenn im kommenden Winter eine überdurchschnittlich kalte Witterung mit einer Erholung der chinesischen Wirtschaft zusammenfallen sollte, wird es in Europa insbesondere bei der Gasversorgung zu spürbaren Engpässen kommen. Davor warnte jedenfalls kürzlich der Exekutivdirektor der Internationalen Energieagentur (IEA) Fatih Birol. Insbesondere industrielle Großverbraucher müßten sich dann auf spürbare Lieferkürzungen einstellen.

Die deutschen Behörden warnten bereits im März vor möglichen Lieferkürzungen bei gewerblichen Kunden, um zumindest die Beheizung privater Wohnungen und Häuser sicherstellen zu können. Notfallpläne für einen plötzlichen Ausfall der russischen Gaslieferungen werden im Übrigen auch auf EU-Ebene entwickelt – sie laufen auf letztlich das gleiche Szenario hinaus.

Auf einer kürzlichen IEA-Konferenz in Dänemark betonten die dort tagenden Fachleute, daß drohende Lieferkürzungen zwar mit entsprechenden Sparmaßnahmen weitgehend kompensiert werden könnten. Aber das Hauptproblem für viele Volkswirtschaften seien inzwischen die drastisch gestiegenen Energiepreise, die auch durch massive Einsparungen nicht kompensiert werden können. Für Birol steht die Welt inzwischen vor einer weitaus größeren Energiekrise als in den 1970er Jahren: „Damals ging es nur um Öl, jetzt haben wir eine Ölkrise, eine Gaskrise und eine Stromkrise gleichzeitig!“ (tb)

6 Kehrtwende in Japan: Zurück zur Atomkraft

In Japan kamen im Jahr 2011 im Zuge eines Erdbebens und eines dadurch ausgelösten Tsunami rund 15 000 Menschen ums Leben. Der dadurch ausgelöste Atomunfall in Fukushima forderte dagegen kein einziges Menschenleben, auch wenn daran interessierte Kreise gerne andere Vermutungen streuen. Gleichwohl führte der zweifelsohne schwere Atomunfall nicht nur in Deutschland zu einem (vielleicht voreiligen) Ausstieg aus der Kernkraft. Auch in Japan wurden bisher viele Kernkraftwerke stillgelegt und der Anteil der Atomkraft an der gesamten nationalen Stromversorgung ist bis auf rund 5 % gesunken. Rund 90 % des – durchaus hohen – japanischen Energiebedarfs werden aktuell in Form von Öl, Gas und Kohle aus aller Welt bezogen.

Japan leidet daher unter den gegenwärtigen Preissteigerungen für die drei vorgenannten Energieträger in hohem Maße. Verstärkt wird dieses Problem, weil die um die Kaufkraftentwicklung bereinigten japanischen Reallöhne in den vergangenen Jahren praktisch nicht mehr gestiegen waren. Aus nicht zuletzt diesen Gründen plant die japanische Regierung jetzt einen groß angelegten Wiedereinstieg in die Kernkraft. Bis zum Jahr 2030 sollen dann wieder mehr als 20 % des japanischen Energiebedarfs mit Hilfe der Kernkraft gedeckt werden. Hierzu Japans Premierminister Fumio Kishida: „Mit der Priorität auf Sicherheit werden wir konkrete Schritte zur Wiederinbetriebnahme der Reaktoren machen.“ (tb)

7 Schwarz-Grün in Schleswig-Holstein: Die CDU setzt kein Zeichen

In Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen (wo eine Woche später ein neuer Landtag gewählt wurde) ist für diese Woche mit dem „Höhepunkt“ der schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen zu rechnen, Parteitage sollen nun die Ergebnisse der Verhandlungen gutheißen. In Nordrhein-Westfalen betätigen sich die Grünen damit als „Königsmacher“, weil neben einem Zweierbündnis mit dem Wahlsieger CDU auch eine Dreierkoalition bestehend aus SPD, Grünen und der FDP möglich gewesen wäre. In Schleswig-Holstein hatte dagegen die CDU nach ihrem hohen Wahlsieg die Möglichkeit, sich zwischen möglichen Koalitionspartnern zu entscheiden. Sie konnte u.a. wählen zwischen der FDP und den Grünen und entschied sich recht schnell für die Letzteren.

In ganz Deutschland rief dies unter konservativ denkenden Beobachtern eher kritische Reaktionen hervor. Man verwies auf die tendenziell höheren Übereinstimmungswerte zwischen CDU und FDP und bedauerte, daß die CDU damit – und dies mit deutschlandweiter Wirkung – auf die mit einem neuen schwarz-gelben Bündnis einhergehende Signalwirkung wohl bewußt verzichtete. Vielleicht, so der zuweilen geäußerte Verdacht, ließ man sich in Kiel auch von dem „Realitätsschock“ blenden, der gerade auf Bundesebene grüne Spitzenpolitiker erteilte und diese zu Handlungen und Aussagen brachte, die ihnen vor Monaten noch nicht über die Lippen gegangen wären.

Da eine schwarz-grüne Koalition für Nordrhein-Westfalen nur abwendbar gewesen wäre, wenn die dortige CDU ihren Regierungsanspruch aufgegeben hätte, hätte aus Schleswig-Holstein auch angesichts der bereits bestehenden schwarz-grünen Koalitionen in Hessen und Baden-Württemberg mit einem bürgerlichen (schwarz-gelben) Bündnis ein strategisch wichtiges Signal ausgehen können, meinen jetzt viele konservative Beobachter. Ganz abgesehen von der Stimmenverteilung im Bundesrat, wo die Grünen aus den verschiedenen Bündnissen heraus ein immer größeres Gewicht erlangen. (tb)

8 Populismus allenthalben

Darauf muß man erst einmal kommen, meinen manche kritische Beobachter: Man baut zunächst für Abermilliarden ein ICE-Hochgeschwindigkeitsnetz und versucht dann, die Bürger mit einem Billigticket zum Bahnfahren zu animieren, bei dem sie im Bummelzugtempo mit Regionalbahnen von München bis nach Sylt fahren können. Es ist eine Art der „Kundenwerbung“, die zwar viel Geld (rund 2,5 Mrd. €) kostet, aber kaum die gewünschte Wirkung zeigen wird. Überfüllte Züge und Bahnhöfe werden kaum neue Kundenschichten bringen und mancher Altkunde könnte nun auch überlegen, in Zukunft weniger Bahn zu fahren. Und wenn das 9 €-Ticket in drei Monaten Geschichte sein wird, wird sich wohl nichts geändert haben: Der Ukraine-Krieg wird noch nicht zu Ende sein, die Inflation wird hoch geblieben sein und die Staatsschulden haben weiter zugenommen. Ähnliches gilt auch für den Tankrabbat oder auch die geplante Steuergutschrift, bei der man reine Rentenempfänger offenbar vergessen hatte . . .

Erstaunlicherweise war es der liberale Bundesfinanzminister Christian Lindner, der als einer der ersten nach derartigen Erleichterungen rief und der sich damit wie ein „Populist“ verhielt. Steuermittel für rein konsumtive Zwecke einzusetzen, statt sie wenigstens sinnvoll zu investieren, das wäre früheren FDP-Politikern wohl kaum eingefallen. Gleichzeitig wurde der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck nicht müde, gegen steigende Energiepreise anzugehen. Er war damit zwar bisher recht erfolglos, doch schon sein Bemühen kündet von einer Art Umdenken: Hätte Habeck als Grüner nicht froh sein sollen, wenn stark steigende Öl- und Gaspreise (bis hin zu Liefersperren) die Nutzung fossiler Brennstoffe für viele Menschen deutlich erschweren? Früher sprachen insbesondere die Grünen bei steuer- und abgabenbedingt stark steigenden Energiepreisen jedenfalls von einer durchaus gewünschten Lenkungsfunktion.

Führende Vertreter der FDP und der Grünen haben damit auf Bundesebene gleichermaßen bedenkenlos ihre Grundsätze über Bord geworfen. Der Grund ist in beiden Fällen gleich. Es ist die Angst vor den Wählern und einem möglichen „Abstrafen“ bei kommenden Urnengängen. (tb)

9 Russland-Sanktionen: Probelauf mit Sprengkraft?

Völlig unabhängig von der Frage der Eigentumsverhältnisse scheint für immer mehr Politiker Geld ein freies und geradezu herrenloses Gut zu sein, nach dem die Politik nach Belieben greifen kann. Die gegenwärtig weltweit zu beobachtende Festsetzung russischer Oligarchen-Milliarden kann und muß abseits jeder (natürlich durchaus gebotenen) moralischen Wertung auch als Probelauf gewertet werden auf dem Weg zu einer staatlichen Vereinnahmung von Privatvermögen außerhalb der – zusätzlich stattfindenden – regulären und verfassungsgemäßen Besteuerung. Ohne die gegenwärtige Festsetzung russischer Oligarchen-Milliarden beurteilen oder kritisieren zu wollen, sei doch der Hinweis erlaubt, daß es hier und heute russische Oligarchen trifft (diese vielleicht auch zu Recht), morgen aber eventuell auch deutsche mittelständische Unternehmer.

Dabei ist grundsätzlich festzustellen, daß Politiker – so bewies es auch die Vergangenheit in den meisten Fällen – vor allem dann auf das private Vermögen „ihrer“ Bürger hemmungslos zugreifen, wenn sie mit einer von ihnen über Jahre verfolgten Politik gescheitert sind. Weltweit ist deshalb kein Euro, kein Dollar, kein Yen (und letztlich auch kein Rubel mehr) vor dem Zugriff „der Politik“ ganz sicher. Und die Enteignungsgefahr wird umso größer, je größer die herrschende Unsicherheit ist und es den politischen Führungsfiguren immer schwerer fällt, erfolgversprechende Lösungen für die immer zahlreicheren Probleme zu entwickeln.

In die Reihe der dann meistens folgenden „Notmaßnahmen“ fallen auch Sanktionen. Daß diese nicht immer die Richtigen treffen, läßt sich auch aktuell gut beobachten. Als die USA Anfang Mai Russland gewissermaßen verboten, seine in den USA angelegten Finanzmittel zur Tilgung von Schulden auch gegenüber US-amerikanischen Gläubigern zu verwenden, mußten letztere Forderungsausfälle in Milliardenhöhe verkraften. Und auch die Politik gegenüber der Sberbank, des größten russischen Geldhauses, stellt sich bei Licht betrachtet sonderbar dar. Weil den US-Banken nämlich rundweg verboten wurde, für die Sberbank als Korrespondenzbank zu fungieren, konnten und können zwischen Russland und den USA fällige Zahlungen praktisch nicht mehr abgewickelt werden. Zu den Leidtragenden zählen auch hier westliche Gläubiger. Und in Europa hat man die Sberbank kurzerhand für zahlungsunfähig erklärt mit der Folge, daß die europäischen Banken im Rahmen der Einlagengarantie jetzt fast eine Milliarde Euro an frühere Sberbank-Einleger auszahlen müssen. Geld, das zu Lasten der europäischen Bankkunden geht.

Der Nutzen von Sanktionsmaßnahmen ist deshalb genauso fraglich wie deren Zielgenauigkeit. Man wollte mit dem Sberbank-Embargo offiziell Putin und „seine“ Oligarchen treffen und schadet doch per Saldo europäischen Bankkunden. Dies ist fast so erschreckend wie die Tatsache, daß diese Kollateralschäden mit einer Nonchalance hingenommen werden, die fast den Verdacht einer Planung gestattet. Denn eines ist sicher: Das nächste Versagen der Politik wird sich spätestens dann erweisen, wenn ein wieder gestiegenes Zinsniveau die Budgets der meisten westlichen Staaten sprengen wird. Man wird auch dann wieder – und notfalls auf Umwegen – uns Bürgern in die Tasche greifen! (tb)

10 „Standort Deutschland“ verliert weiter an Attraktivität

In Deutschland haben im vergangenen Jahr die Investitionen ausländischer Investoren (die sog. „Auslandsinvestitionen“) stark abgenommen. Zwar gab es einige spektakuläre Projekte (z.B. Tesla in Berlin-Grünheide oder Apples Designzentrum in München), doch insgesamt sank deren Zahl im Vorjahresvergleich um rund 10 %. Die maßgeblichen Gründe sind bekannt und belasten auch die bereits in Deutschland ansässigen Betriebe. Die Energiepreise – vor allem für Strom – sind zu hoch, Genehmigungsverfahren meistens zu langwierig, die Personalsuche gestaltet sich schwierig und das Arbeitsrecht wird vor allem von ausländischen Beobachtern als manchmal zu arbeitnehmerfreundlich empfunden. Deutschland weist damit auch im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten eine erheblich geringere Attraktivität auf. Dies macht sich in den Zahlen bemerkbar. Während Deutschland im vergangenen Jahr bei den Auslandsinvestitionen ein deutliches Minus zu verzeichnen hatte (siehe oben), konnten Frankreich und Großbritannien Zuwächse von in der Spitze 24 % verzeichnen. (tb)

11 Für Sie aufgelesen:

„Eine spitze Zunge ist in vielen Ländern schon unerlaubter Waffenbesitz.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.